Juli 2007

04.07.2007, Wochenkurier

JMGESCHAUT

Die Bürgerschaft formiert sich

Volkes Stimme begehrt auf gegen „Bahn Wahn“

Bis auf den letzten Platz war der große Sitzungssaal im Rathaus gefüllt. Kein Wunder, denn bei der Informationsveranstaltung von Bürgermeister Wenzel ging es um ein brisantes Thema: Den andauernden Streit um die Neuordnung der Bahnübergänge.

LÜBBENAU. Bereits vor mehreren Wochen warfen Teile der Stadtverordneten der Bahn und dem Land Brandenburg Wortbruch vor. Beide würden ihren vertraglich festgeschriebenen Aufgaben nicht nachkommen. Dagegen regte sich Widerstand in Bürgerschaft und bei den Stadtverordneten wie Uwe Pielenz, Chef im Bauausschuss (WochenKurier berichtete).

Bei der Versammlung leitete Pielenz selbst ein weiteres Kapitel im Kampf um eine bürger-, stadt- und händlerfreundliche Lösung. Am 9. Juli soll sich um 18.30 Uhr die Bürgerinitiative „Drüber oder Drunter - für eine Bahnlösung mit Zukunft in Lübbenau“ (s. Logo links) gründen. Uwe Pielenz erläutert deren Ansinnen: „Wir wollen eine Lösung, die Lübbenau auch in Zukunft für Touristen, Händler und Anwohner attraktiv und lebenswert macht.“ Ihm schwebt dabei das Maximal-Ziel, ein Tunnelbau, vor.

Die bisher geplante Variante sah die Schließung der Bahnübergänge an der Kraftwerkstraße sowie der Straße des Friedens vor. Durch die enorme Belastung der Berliner Straße, so belegt auch eine Studie, wäre Chaos vorprogrammiert. Ob sich Bahn und Land den Forderungen der Bürgerschaft in Lübbenau beugen, wird die Zukunft zeigen. Oder wie es ein Bürger ausdrückte: „Beim derzeitigen Boom des Schienenverkehrs kann nichtmal die Bahn sagen, was in fünf Jahren auf der Schiene los ist. Ein Tunnel ist daher die sicherste Alternative für die Zukunft.“ *Ina Hornhauer*

Viele Bürger trugen sich vergangene Wochen als potentielle Mitglieder der Bürgerinitiative ein. *Foto: jho*

BÜRGERINITIATIVE
mit uns geht's
DRÜBER oder DRUNTER
Für Bahnlösungen mit Zukunft!
LÜBBENAU/SPREEWALD

ein Trauerspiel

Lübbenauer Problem: II. Bauabschnitt der Ortsdurchfahrt

Zum Artikel „Vorschlag: Stadt baut mit Fördermitteln - Landesbetrieb zum Rad-/Gehweg in Lübbenau" vom 2. Juli in der Tageszeitung, äußert sich der Lübbenauer Bürgermeister Helmut Wenzel:

„Schön, dass der Landesbetrieb für Straßenwesen überhaupt noch antwortet. Die Kommunikation zwischen unmittelbar beteiligten Baulastträgern zu außerordentlich wichtigen Infrastrukturmaßnahmen über regionale Medien ist zwar sehr ungewöhnlich, aber immer noch besser als auf mehrere schriftliche Anfragen keine direkte Antwort zu erhalten. Interessant ist auch die Art und Weise, wie gewissermaßen die Aussicht auf eine eventuelle Förderung der Kommune zur Kenntnis gegeben wird; schließlich sind beim Land Brandenburg die Eigenschaften als Straßenbaulastträger - teils in Auftragsverwaltung des Bundes - und als Fördermittelstelle in einem konzentriert. Insoweit nimmt die Stadt Lübbenau/Spreewald die neue Information zum Rad- und Gehwegbau zur Kenntnis und wird entsprechend reagieren. Es ist wirklich mehr als ein Trauerspiel, wie unsere Stadt durch den zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Cottbus (früher Brandenburgisches Straßenbauamt Cottbus - BSBA) und dem übergeordneten Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung zum Thema straßenbegleitender Geh- und Radweg an der Ortsdurchfahrt (OD) B 115 (später nach Umstufung L 49), II. Bauabschnitt mit Berliner Straße und Chausseestraße hingehalten wird. Tatsache ist, dass bereits im Zusammenhang mit der Vorbereitung und dem Ausbau der OD B 115, I. Bauabschnitt mit der Bahnhofstraße der II. Bauabschnitt mit einer gemeinsamen Entwurfsplanung (Planungsbüro COPI aus dem Jahr 1995/1996) vorbereitet war und eine Umsetzung von 1997 bis 1999 erfolgen sollte. Im November 2003 hat der heutige Landesbetrieb Straßenwesen auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Brandenburg die Abstufung der Bundesstraße B 115 zur Landesstraße L 49 im Amtsblatt des Landes Brandenburg verkündet. Diese Umstufung, die von einigen Kommunen, u. a. von der Stadt Lübbenau/Spreewald, mittels Widerspruchsverfahren und anhängiger Klage vor dem Verwaltungsgericht Cottbus gerichtlich überprüft werden soll, verursacht auch für unsere Stadt erhebliche rechtliche und wirtschaftliche Folgen. Unter anderem ist unsere Stadt bei einer Landesstraße für die Baulast an straßenbegleitenden Geh- und Radwegen zuständig, das heißt, die Kosten für die Planung und den Bau sowie die dauerhafte Unterhaltung sind von der Stadt Lübbenau/Spreewald zu tragen. Bliebe es bei einer Bundesstraße, würde die Herstellungslast in die Zuständigkeit des Bundes fallen, dies heißt, der Landesbetrieb würde die Finanzierung in vollem Umfang übernehmen (wie bei der Bahnhofstraße). Da wie bereits ausgeführt das Umstufungsverfahren noch nicht abgeschlossen und dessen rechtlicher Ausgang derzeit auch noch offen ist, hat sich der Landesbetrieb Straßenwesen bislang für den straßenbegleitenden Geh- und Radweg (jedenfalls teilweise - Lückenschluss Eritex bis zum Kaufland) verantwortlich gezeigt; gewissermaßen noch aus der bestehenden Zuständigkeit heraus. Wie sonst ist das Schreiben des Landesbetriebes Straßenwesen vom 28. Juni 2006 zu werten, wenn dort mitgeteilt wird: „... der Landesbetrieb untersucht in der OD Lübbenau eine mögliche Geh- und Radwegeführung entlang der Chaussee- und Berliner Straße zwischen der Einmündung Geschwister-Scholl-Straße und dem Ortsausgang in Anschluss an den bereits fertiggestellten Radweg in Richtung Krimnitz."

Darüber hinaus gab es mehrfach Vor-Ort-Termine mit den Vertretern des Landesbetriebes zur Abstimmung von einzelnen Trassenabschnitten, so dass die Stadt Lübbenau/Spreewald bisher immer davon ausgegangen ist, dass sich der Landesbetrieb unter Würdigung der genannten Vorgeschichte in der Verantwortung sieht. Dieses scheint bedauerlicher Weise nun nicht mehr so zu sein. Dass uns diese Nachricht (Auffassung des Landesbetriebes) über die Pressesprecherin durch den oben genannten Artikel in der Tageszeitung erreicht, drückt meines Erachtens noch einmal die Gesamtsituation und den Umgang des Landesbetriebes mit den Kommunen aus. Selbstverständlich wird die Stadt für ihre Baulastträgerzuständigkeit (für den Fall, dass die Umstufung von der B 115 zur L 49 rechtmäßig ist) ihren Anteil leisten. Allerdings ist für jeden deutlich sichtbar, dass auf Grund der Grundstücksgrenzen, der Höhenlage der Straße (Gradiente), der Grundstückszufahrten, des Baumbestandes, der Oberflächenentwässerungsproblematik die Herstellung eines Geh- und Radweges nur in Verbindung mit einer kompletten Neuaufteilung des Bauraumes und somit nur in einer gemeinsamen Ausbaumaßnahme realisierbar ist. Diese Auffassung haben wir von Beginn an vertreten, das heißt seit der Entwurfsplanung für die OD mit dem I. und II. Bauabschnitt ab dem Jahr 1993. Dieses hat sich auch nicht nach der gegebenenfalls geänderten Zuständigkeit, ob Bundesstraße oder Landesstraße, geändert. Die Stadt Lübbenau steht bereit, diesen erforderlichen Ausbau zeitnah vorzubereiten und umzusetzen. Wir werden jedenfalls den Landesbetrieb wiederholt auffordern, den Ausbau der OD II. Bauabschnitt mit der Berliner Straße und der Chausseestraße ernsthaft anzugehen und uns eine Vereinbarung für den gemeinsamen Ausbau vorzulegen. Die Bereitstellung von entsprechenden Fördermitteln für dieses Vorhaben haben wir dankend zur Kenntnis genommen.

Helmut Wenzel

09.07.2007, Lausitzer Rundschau

Heute: Bürgerinitiative gegen Schließung des Bahnübergangs

Um 18.30 Uhr Treffen im Lübbenauer Rathaus

LÜBBENAU. Die Gründung der Bürgerinitiative für eine Unter- oder Überführung der Bahngleise im Stadtgebiet von Lübbenau soll heute erfolgen: Für 18.30 Uhr haben die Initiatoren zu einer Versammlung ins Rathaus eingeladen. Die Initiative soll den Namen „Mit uns geht's drüber oder drunter – Für Bahnlösungen mit Zukunft“ haben. Ihre Anhänger wehren sich gegen die geplante Schließung des Bahnübergangs in der Straße des Friedens. Nach der großen Resonanz der Informationsveranstaltung im Juni hoffen die Initiatoren auf ein ebenso starkes Echo für die Gründungsversammlung.

Auf der Tagesordnung steht neben der Gründung der Bürgerinitiative eine Unterschriftensammlung. *(pm/ka)*

Unter die Lupe genommen

Bahnübergänge: Lübbenauer wollen sich nicht länger „verarschen“ lassen

Das hat das gute „alte“ Rathaus noch nicht gesehen. Der Sitzungssaal im Obergeschoss war zum Bersten voll. Normalerweise gäbe es weit mehr kommunale Themen, die ein derartiges Bürgerinteresse vermuten ließen, doch die akute Lage zur bevorstehenden Veränderung an den Bahnübergängen bringt mehr und mehr Unruhe in die Stadt.

Und die Stimmung war spürbar, teilweise an heftig geführter Diskussion, teilweise am kräftigen Beifall. Man fühlt sich von den Verantwortlichen, wie die Bahn AG, dem Land und dem Straßenbauamt, regelrecht verarscht.
Grund dafür ist, die Bahn ist laut Eisenbahnbau- und Betriebsverordnung gezwungen, die Übergänge in Lübbenau den Anforderungen anzupassen.
Das heißt am Beispiel des Nordkopfes, also an der Berliner Straße und an der Straße des Friedens muss einer der Übergänge wegfallen, weil durch die entsprechende elektronische Signal- und Sicherungstechnik eine so dichte Folge zweier Übergänge nicht ausführbar ist.
So ist als „Variante 4“ ein Kompromiss, die Schließung des Übergangs in der Straße des Friedens per Stadtverordnetenbeschluss favorisiert worden.
Der motorisierte Verkehr in die Altstadt soll dann durch die Friedrich-Engels-Straße und einen großen Kreisverkehr über die Berliner Straße geleitet werden. In diesem Zusammenhang war mittels einer Planungsvereinbarung vorgesehen, die Berliner Straße, wegen des steigenden Verkehrsaufkommens, komplett mit Rad- und Gehwegen auszubauen. Doch jetzt sehen nicht nur die Stadtverordneten diesen Kompromiss gefährdet.
Wie Bürgermeister Helmut Wenzel jetzt in der Versammlung sagte, wolle die Bahn wohl aus Kostengründen von der vereinbarten Lösung abrücken. Beim zuständigen Eisenbahnbundesamt habe man bereits eine „vereinfachte“ Variante zur Genehmigung eingereicht. Wenzel, und mit ihm die Stadtverordneten und viele engagierte Bürger sehen darin einen klaren Wortbruch, der als Konsequenz den energischen Widerstand der gesamten Stadtbevölkerung mobilisieren muss.
Dazu stellte Uwe Pielenz (SPD), Bauausschussvorsitzender und einer der Initiatoren der künftigen Bürgerinitiative klar, dass daraufhin das Ziel der neuen Bürgerinitiative nicht mehr nur die Durchsetzung der damals beschlossenen Kompromisslösung sei. Jetzt steht die Forderung nach einer so genannten «planfreien» Lösung für den Bahnübergang am Nordkopf im Mittelpunkt. Pielenz machte deutlich: „Wir fühlen uns durch den Vertrauensbruch der Bahn nicht mehr an den Kompromiss gebunden, jetzt fordern wir das Maximale, ansonsten bekommen wir gar nichts.“ Dass eine Unter- oder Überführung der Bahnlinie durchaus möglich sei, dafür gebe es in anderen vergleichbaren Kommunen zahlreiche Beispiele.
Man will sich nun mit einer so enormen Verschlechterung der Situation für beide Stadtteile, die mit nur einem beschrankten Übergang an der Berliner Straße oder an der Straße des Friedens nicht mehr abfinden.
Es würde den Verkehrskollaps bedeuten, das habe die zeitweilige Schließung des Überweges an der Berliner Straße während der Reparatur gezeigt. Pielenz ist überzeugt, eigentlich könne es niemanden in Lübbenau kalt- lassen, was da auf uns zukommt und wenn wir uns nicht vehement wehren, wird das Zusammenleben von Alt- und Neustadt zu einem unerträglichen Zustand.

Verkehrschaos, wie es herrschen würde, wenn der Übergang Berliner Straße aufgegeben werden würde und der Verkehr sich durch die Friedrich-Engels-Straße und Straße des Friedens quälen müsste.

Beim Lkw-Verkehr durch die Friedrich-Engels-Straße kommt es infolge der Kurvenradien zu extremen Situationen. Ein Abbiegen, ohne gleich drei Fahrstreifen zu beanspruchen, ist für die „Brummis“ nicht möglich.

Dellmann: Vereinbarung zwischen Bahn und Stadt notwendig

Das Land würde auch andere Lösung unterstützen

Nachdem sich die Stadt Lübbenau Ende 2005 für die Variante 4 zur Neuorganisation der Bahnübergänge entschieden hat, ist nunmehr noch eine Vereinbarung zwischen der Deutschen Bahn AG und der Stadt notwendig. Dies ging aus einem Gespräch zwischen den Abgeordneten Dr. Peter Danckert sowie Werner-Siegwart Schippel und Infrastrukturminister Reinhold Dellmann am Rande des SPD-Parteitages am 30.06.2007 in Cottbus hervor.
Am Gespräch nahmen auch der Vorsitzende des Bauausschusses, Uwe Pielenz, und die Vorsitzende der Lübbenauer SPD, Carola Krahl, teil. Sie hatten sich bereits mit einem Schreiben an den Minister gewandt.
Minister Dellmann wies weiter darauf hin, dass die Gesamtkosten für die Neuorganisation der Bahnübergänge noch nicht bezifferbar seien. Für die Planung und den Bau der Rad- und Gehwege, speziell in der Berliner Straße, sei die Stadt zuständig. Eine Förderung hierfür sei aber auf Grundlage des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes durchaus vorstellbar. Ansonsten könne der Landesbetrieb Straßenwesen aufgrund des Verursacherprinzips nur beratend mitwirken.
Angesprochen auf die Frage einer so genannten „Tunnellösung“ verwies Dellmann auf den bestehenden Stadtverordnetenbeschluss zur Variante 4, an den auch das Ministerium gebunden sei. *„Der Minister hat jedoch seine Unterstützung zugesagt, wenn die Stadt noch einer anderen Variante den Vorzug geben würde und den jetzt gültigen Beschluss aufhebt oder verändert“,* erläuterte Schippel abschließend.

Mittwoch, 18. Juli 2007

LR

Lübbenau reagiert auf Vorschlag für Wegebau

Wenzel fordert Vereinbarung mit Landesbetrieb

LÜBBENAU. „Lübbenau hat dankend zur Kenntnis genommen, dass für den Geh- und Radweg an der Ortsdurchfahrt B 115/L 49 im zweiten Bauabschnitt mit der Berliner Straße und der Chausseestraße Fördermittel bereitgestellt werden", sagt Bürgermeister Helmut Wenzel (parteilos). Die Stadt stehe bereit, den Ausbau vorzubereiten und umzusetzen. Nach mehrfachen Terminen vor Ort mit Vertretern des Landesbetriebes Straßenwesen sei Lübbenau allerdings bisher davon ausgegangen, dass sich der Landesbetrieb in der Pflicht sieht.

Erst durch die Veröffentlichung einer Presseinformation des Landesbetriebes in der RUNDSCHAU habe die Verwaltung erfahren, dass es eine andere Auffassung gebe, so Wenzel. „Es ist mehr als ein Trauerspiel, wie die Stadt vom Landesbetrieb, Niederlassung Cottbus, und dem übergeordneten Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung hingehalten wird", erklärt der Bürgermeister. Bereits mit der Vorbereitung und dem Ausbau der Ortsdurchfahrt sei 1995/96 die Umsetzung für 1997 bis 1999 geplant worden.

Im November 2003 sei Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bund und Land Brandenburg die Abstufung der Bundesstraße zur Landesstraße verkündet worden. „Gegen diese Umstufung haben einige Kommunen, darunter auch Lübbenau, Widerspruch eingelegt. Die Klage soll vom Verwaltungsgericht Cottbus gerichtlich überprüft werden", sagt Wenzel.

Bliebe es bei einer Bundesstraße, würde der Bund zuständig sein. Da das Umstufungsverfahren noch nicht abgeschlossen und der Ausgang offen sei, habe sich der Landesbetrieb Straßenwesen für den Lückenschluss Eritex bis Kaufland verantwortlich gezeigt. So beurteilt der Lübbenauer Bürgermeister ein Schreiben vom 28. Juni 2006, das in der Stadtverwaltung: „... der Landesbetrieb untersucht in der Ortsdurchfahrt Lübbenau eine mögliche Geh- und Radwegeführung entlang der Chaussee- und Berliner Straße zwischen der Einmündung Geschwister-Scholl-Straße und dem Ortsausgang in Anschluss an den bereits fertiggestellten Radweg in Richtung Krimnitz."

„Wir werden jedenfalls den Landesbetrieb weiter auffordern, den Ausbau der Ortsdurchfahrt, zweiter Bauabschnitt mit der Berliner Straße und der Chausseestraße, ernsthaft anzugehen und uns eine Vereinbarung für den gemeinsamen Ausbau vorzulegen", betont Bürgermeister Helmut Wenzel. *I. Hoberg*